

## »Hochschulen werden zur Beute des Finanzkapitals«

### Gespräch mit Wolfgang Lieb\* . Über den Einstieg von Bertelsmann ins Geschäft mit der akademischen Bildung, den Ausverkauf von Schulen und Universitäten und die Möglichkeiten der Gegenwehr

Interview: Ralf Wurzbacher



Studentendemonstration  
am 9. Juni 2010 in  
Halle/Saale

***Die Bertelsmann AG steigt ins Geschäft mit der akademischen Bildung ein. Den Anfang macht Europas größter Medienkonzern als Ankerinvestor eines »University Ventures Fund«, der mit Studien- und Weiterbildungsprogrammen dies- und jenseits des Atlantik auf Profitjagd geht. Mit dem 100 Millionen Dollar schweren Bildungsfonds wollen sich die Gütersloher den »frühen Einstieg in einen schnell wachsenden Markt« sichern und machen dafür mal eben die Hälfte der genannten Summe locker. Ist das Geld gut angelegt?***

Die Bertelsmann AG wettet wie ein Investmentbanker darauf, daß der wesentlich auch von der angeblich gemeinnützigen Bertelsmann-Stiftung vorangetriebene Trend zur Privatisierung der Bildung sich verstärken wird. Auf dem sogenannten Bildungsmarkt wird ja jetzt schon viel Geld gemacht. Der privatwirtschaftlich durchgeführte PISA-Test hat bei einem internationalen Durchgang ein Auftragsvolumen in dreistelliger Millionenhöhe. Oder denken Sie an die vielen Kontrollen an Schulen wie Sprachstandstests oder an die Hochschuleingangsprüfungen, die zumeist von privaten Beratungsfirmen entwickelt oder offeriert werden. Viele Einrichtungen greifen bei der Auswahl von Studierenden zum Beispiel auf die Leistungen der ITB Consulting GmbH zurück. Die Abiturienten müssen dafür bezahlen, daß sie überhaupt in die Auswahl um einen Studienplatz kommen. Auch Stipendienvergeber bedienen sich solcher kommerziellen Testangebote, und die Akkreditierungsagenturen lassen sich von den Hochschulen bezahlen. In den USA ist das ein Riesengeschäft.

Das Ringen um wissenschaftliche Reputation wird in der im Wettbewerb um Drittmittel stehenden sogenannten unternehmerischen Hochschule mehr und mehr vom Marketing überlagert. Für das dazu erforderliche »Corporate Design« oder für »Strategiekonzepte«, um eine »Marke« zu schaffen,

bedarf es natürlich des bezahlten Rates von Marketing- und PR-Agenturen. Die Bertelsmann-Stiftung hat beispielsweise mit der »Selbstevaluation in Schulen« (SEIS) sozusagen schon die Marktforschung für den Konzern geleistet. 5200 Schulen nutzen dieses computergestützte Instrument inzwischen. Die Kosten für derlei externes Know-how gehen inzwischen in die Millionen und werden in der Regel von den Kommunen als Schulträger oder von den Landesministerien getragen.

***Eine gängige Parole der Proteste der zurückliegenden Jahre lautete: »Bildung ist keine Ware.« Ist die Sache also längst anders entschieden?***

Das wird sich zeigen. Noch stehen wir am Anfang einer Entwicklung. Die »Goldader« Bildung wurde erst angebohrt, und es wird noch ein wenig dauern, bis sie Ertrag bringen.

Aber immerhin: Private Schulen schießen wie Pilze aus dem Boden, dazu gibt es schon über 100 ebensolcher Hochschulen. In den USA ist die Zahl öffentlicher Einrichtungen unter den Topuniversitäten kontinuierlich gesunken, unter den ersten 20 dieser »Ivy-League« findet sich keine einzige staatliche mehr.

Zurück zur Ausgangsfrage: Ja, mit Bildung läßt sich Geld verdienen, und zwar nicht zu knapp und in Zukunft wohl noch viel mehr. Im übrigen: Bei einem Umsatz von 15,8 Milliarden Euro im Jahr 2010 sind 50 Millionen Dollar für Bertelsmann eigentlich »Peanuts«.

***Laut Ankündigung des Konzerns soll mit dem Fonds in »Studien- und Weiterbildungsprogramme im europäischen und US-amerikanischen Raum« investiert werden. Was könnte damit gemeint sein?***

Die Weiterbildung von im Beruf Stehenden wird angesichts des rapiden technischen Fortschritts und des ökonomischen Strukturwandels zunehmende Bedeutung erlangen. Man hört ja auch allenthalben, jeder müsse künftig sein eigener Unternehmer sein und einen persönlichen »Humankapitalstock« aufbauen. Für Fort- und Weiterbildung eignen sich besonders gut elektronische Lernangebote, also Fernstudien auf der Basis von E-Learning. Schon jetzt sind beim sogenannten dritten Bildungsweg, also dem Studium ohne Abitur, und beim »Meisterstudium« Fernstudiengänge mehr gefragt als solche direkt an der Einrichtung. Die Fernuniversität Hagen ist mit 72000 Eingeschriebenen inzwischen die größte deutsche Hochschule.

E-Learning wird zudem für Studierende mit Bachelor-Abschluß, die danach in einen Beruf gegangen sind, interessant, um beispielsweise einen Master-Abschluß zu schaffen.

Aber auch in normalen Präsenzstudiengängen ist das elektronisch unterstützte Lernen auf dem Vormarsch, was auch mit deren durch den Bologna-Prozeß erzwungener Modularisierung zwecks Generierung von Standardwissen zusammenhängt. Schon heute bieten viele Dozenten das für die Klausuren und die Multiple-Choice-Tests notwendige Wissen in eigenen Skripten oder sogar schon elektronisch im Intranet an. Klassische Lehrbücher erscheinen da doch geradezu altertümlich.

***Sie sprachen die Bologna-Studienstrukturreform an. Hat diese die Hochschulen erst zu dem Geschäftsfeld gemacht, das sie heute sind?***

Bologna hat einen großen Anteil daran. Das Bachelor-Studium gerät immer mehr zu einem reinen Wissensvermittlungsprogramm, man könnte auch »Paukstudium« sagen. Der Trend hin zur Vergleichbarkeit und die Durchsetzung von Lernstandards wird zu einer Angleichung der Studieninhalte an allen Hochschulen führen. Diese Formalisierung der Lehrinhalte ist das Einfallstor für private Anbieter von »Contents«. Daraus leitet sich ja auch die Tendenz ab, zwischen lehrorientierten Hochschuldozenten mit deutlich erhöhtem Stundendeputat und forschungsorientierten Professoren zu unterscheiden. Letztere kämen dann nur noch in Master-Studiengängen zur Vertiefung von wissenschaftlichem Arbeiten zum Einsatz. Mich würde es nicht wundern, wenn in absehbarer Zeit auch für Lernstandsmessungen – früher Klausuren genannt –

entsprechende kommerzielle Angebote Einkehr halten, mit sekundenschneller Computerauswertung der Ergebnisse.

Das alles ist vorgezeichnet, wenn nicht eine Umkehr gelingt und wieder Prinzipien der Wissenschaftlichkeit auch im Grundstudium einkehren. Laut Wissenschaftsrat gehören dazu: die Aneignung einer fragenden, kritischen Haltung, ein Problem- und Methodenbewußtsein, Strukturierungsfähigkeit, Selbständigkeit und forschungsorientiertes Lernen. Von derlei Ansprüchen bewegen wir uns derzeit eher weg. Schlimmer noch: Wir nähern uns dem niedrigsten Niveau.

***Ein »Zukunftsmarkt« ist Bildung nach Auskunft von Bertelsmann gerade auch »angesichts staatlicher Budgetkürzungen«. Das ist zumindest ehrlich, oder?***

Das gilt für alle Bereiche, in denen Privatisierungen vonstatten gehen. Man spart die öffentlichen Angebote kaputt, um anschließend zu behaupten, der Markt oder der Privatsektor kann alles besser als der Staat. Nehmen wir die Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente wurde durch eine »Reform« nach der anderen zerstört, und die Einführung der privaten Riester-Rente ließ den »Finanzoptimierer« Maschmeyer triumphieren: »Es ist so, als wenn wir auf einer Ölquelle sitzen ... sie ist angebohrt, sie ist riesig groß und sie wird sprudeln.« Ähnliches gilt für die Privatisierung von Krankenhäusern, des Straßen- oder öffentlichen Wohnungsbaus. Überall wurde auf Teufel komm raus privatisiert, zum Nachteil derjenigen, die auf diese Angebote angewiesen sind, und ebenso zum Nachteil des Staates, denn Privatisierungen geraten am Ende meist erheblich teurer als staatliche Investitionen.

***Und dieselben Mechanismen erleben wir im Bildungsbereich?***



Die Phase des Hochschulausbaus der 1960er und 1970er Jahre wurde durch eine zunehmende Sparpolitik gestoppt. Bund und Länder faßten schon 1977 den sogenannten Öffnungsbeschluß: Die Hochschulen sollten etwa ein Jahrzehnt lang eine »Überlast« an Studierenden bei etwa gleichbleibendem Budget und stagnierendem Lehrpersonal akzeptieren. Diese »Untertunnelungsstrategie« gehörte zu den größten Lebenslügen in der Hochschulpolitik der Nachkriegszeit. Der Niedergang wird greifbar, wenn man sich heute die heruntergekommenen Hochschulgebäude ansieht. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beziffert den Investitionsstau im Bildungssektor mit über 45 Milliarden Euro. In Deutschland müßten jährlich 21 Milliarden Euro mehr an öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, um den Durchschnittswert der staatlichen Bildungsausgaben aller OECD-Staaten zu erreichen. Um mit dem Spitzenreiter Schweden mitzuhalten, wären bis zu 91 Milliarden Euro mehr erforderlich. Die von der Bundeskanzlerin ausgerufene »Bildungsrepublik Deutschland« ist eine Fata Morgana ...

***... wodurch private Bildungsanbieter wie Bertelsmann auf ihre Kosten kommen. Steckt dahinter so etwas wie ein politischer Masterplan?***

Zynisch bei all dem ist, daß gerade die Bertelsmann-Stiftung die Ideologie der Zurückdrängung des Staates massiv forciert hat. Die Verarmung der öffentlichen Hand war geradezu der strategische Hebel zur Durchsetzung der Privatisierungspolitik. »Es ist ein Segen, daß uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Umdenken nicht in Gang«, meinte dazu der verstorbene Konzernpatriarch Reinhard Mohn schon 1996 in einem Stern-Interview. Die Mission der

Bertelsmann-Stiftung gründet auf der Überzeugung, daß »Wettbewerb« und »die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft« die wichtigsten Merkmale seien.

Es ist ja nicht so, daß »staatliche Budgetkürzungen« wie eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen wären. Das Institut für Markroökonomie und Konjunkturforschung, IMK, der Hans-Böckler-Stiftung hat unlängst nachgerechnet: Würden noch die Steuergesetze von 1998 gelten, hätten der öffentlichen Hand 2011 Mehreinnahmen von 51 Milliarden zur Verfügung gestanden. Wenn man das Rettungspaket für die Banken mit den Ergebnissen des letzten sogenannten Bildungsgipfels vergleicht, ist man geneigt, den alten Slogan etwa so abzuwandeln: Bei den Banken sind sie fix, für die Bildung tun sie nix! Vom »systemischen« Risiko kaputtgesparter Hochschulen spricht leider niemand.

***Bertelsmann unterhält mit dem Centrum für Hochschulentwicklung, dem CHE, die hierzulande wohl einflußreichste Lobbyorganisation. Welchen Anteil hat die am allgemeinen Niedergang der Einrichtungen?***

Das CHE ist der wirkungsmächtigste Motor für die »Hochschulreformgesetze« des zurückliegenden Jahrzehnts. Reinhard Mohn war einer der Gründungsväter und lange Zeit der Hauptsponsor der 1983 errichteten ersten deutschen Privathochschule, der Universität Witten-Herdecke. Sie sollte der »Stachel im Fleisch« der staatlichen Einrichtungen sein. Das Kalkül ging zunächst nicht auf, die Uni wäre längst pleite, wenn ihr der Staat nicht finanziell beigegeben hätte. Mohn mußte umdenken und erkannte, daß es effizienter ist, die weitgehend mit Steuergeldern finanzierten Hochschulen wie private Unternehmen in den Wettbewerb zu schicken und das System über die Konkurrenz um Studiengebühren sowie private oder öffentliche Drittmittel zu steuern. Dazu gründete man 1994 das CHE und war so klug, die damals ohne jeden Apparat und ohne nennenswerten Einfluß auf die Politik agierende, aber umso standesbewußtere Hochschulrektorenkonferenz, HRK, als Gesellschafter mit ins Boot zu holen. So hatte man ein unverdächtiges Entrée.

Das CHE arbeitet ganz im Stil einer PR-Agentur: Man erstellt Studien oder macht Umfragen, schafft so Medienevents, und die Mainstreamjournalisten plappern die Ergebnisse unkritisch wie Papageien nach. So wird öffentliche Meinung gemacht. Durch sein Wirken auf Politik, Medien und Gesellschaft hat das CHE entscheidend dazu beigetragen, daß an den Hochschulen der Wettbewerb um Drittmittel und Studiengebühren als Steuerungselement Einzug gehalten hat. Es war auch diese Lobbyorganisation, die in Deutschland die Hochschulrankings hoffähig gemacht hat, die einem immensen Konformitäts- und Anpassungsdruck Vorschub geleistet haben. Das CHE ist heute der unentbehrliche Berater nicht nur für die Kultusministerien, sondern auch für die universitären Einrichtungen und moderiert mittlerweile sogar die Aufstellung der Hochschulentwicklungspläne. Die Bertelsmann-Gründung hat das Modell des »New Public Management« auf diesen Bereich übertragen und die »unternehmerische Hochschule« entwickelt. Das NRW-»Hochschulfreiheitsgesetz« wurde in Gütersloh entworfen, und dessen Umsetzung hat das CHE bis in den Studienbetrieb hinein begleitet.

***Sie haben Bertelsmann an anderer Stelle schon einmal als »informelles Bildungsministerium« bezeichnet. Das klingt so, als wären die formal politisch Verantwortlichen, konkret die jeweils Regierenden, nur Hampelmänner des Konzerns. Ist das ein parteiübergreifendes Phänomen?***

Natürlich entscheidet Bertelsmann nach wie vor nicht eigenmächtig über die Gesetzgebung. Aber über seine personellen, informellen Netzwerke und seine Medienmacht wird der Bertelsmannsche »Reformmotor« zur eigenständigen politischen Kraft, der auch außerhalb der Parlamente eine Art Elitenkonsens schafft – und nebenbei auch noch ein positives Image für den Konzern. Angesichts leerer Kassen und mit der Betonung »zivilgesellschaftlichen Engagements« greift der Staat die »gemeinnützigen« Dienstleistungen privater Thinktanks nur allzu gerne auf. Mehr noch: Er entzieht sich immer mehr seiner Verantwortung und überläßt wichtige gesellschaftliche Bereiche wie die

Bildung gleich ganz den Selbsthilfekräften dieses »bürgerschaftlichen Engagements«.

***Sie waren selbst lange Jahre an einflußreicher Stelle im politischen Geschäft aktiv. Wie funktioniert Lobbyismus? Tanzt da der Konzern- oder Verbandsboß bei der Regierung an und sagt: »So und nicht anders wird es gemacht!«?***

Die Einflußnahme ist ganz konkret: Die Hochschulrektorenkonferenz, die ja unter dem gemeinsamen Briefkopf mit dem CHE auftritt, ist der Türöffner zu den Bildungseinrichtungen. Vertreter der Ministerialbürokratie werden zu den zahlreichen Konferenzen der Bertelsmänner geladen. Dort wird nicht ergebnisoffen diskutiert, behandelt werden nur die Konzepte und Vorschläge des Gastgebers. In Nordrhein-Westfalen hat FDP-Innovationsminister Andreas Pinkwart die Blaupausen für das sogenannte Hochschul-»Freiheits«-Gesetz direkt vom CHE übernommen. Dort, wo die »Ratschläge« aus Gütersloh die politische Mehrheit nicht gleich überzeugen, läßt die Opposition nichts unversucht, der Regierung Debatten aufzuzwingen, für die das CHE die Stichworte liefert. Das geht so weit, die Regierung zu nötigen, zu dessen Papieren Stellung zu nehmen. Heute werden CHE-Veröffentlichungen wie selbstverständlich als neutrale gutachterliche Stellungnahmen hingenommen.

***Zurück zu diesem Bildungsfonds. Laut Bertelsmann steht dahinter der »Wandel von innen«, um »neue Standards für Studienerfolge« zu setzen und »maßgeblich zur Ausgestaltung der nächsten Generation akademischer Bildungseinrichtungen« beizutragen. Wie übersetzen Sie das?***

Man will die Hochschulen vollends zur Beute des Finanzkapitals und privater Investoren machen. Nachdem die Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Ideologie der »unternehmerischen Hochschule«, also der Entstaatlichung und funktionalen Privatisierung, den tertiären Bildungssektor in der zurückliegenden Dekade sturmreif geschossen hat, stößt nun die Bertelsmann AG nach, um aus diesem Zerstörungswerk Profit zu ziehen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die ach so gemeinnützige Stiftung lediglich der politische Wegbereiter für die Geschäftsinteressen des Bertelsmann-Konzerns ist. Das hat nichts mit einem Engagement für eine bessere Bildung zu tun: Die kaputtgesparten Hochschulen sollen nun mit ihrem verbliebenen restlichen »kulturellen« Kapital zum Tummelplatz für Investmentfonds werden.

***Das sind keine schönen Aussichten. Gibt es auch etwas, das Ihnen noch Hoffnung macht?***

In Hessen, im Saarland und in NRW wurden Studiengebühren wieder abgeschafft, als es zu Mehrheiten jenseits von CDU und FDP gekommen war. Dasselbe zeichnet sich jetzt in Baden-Württemberg und Hamburg ab. Das allgemeine Bezahlstudium wird es demnächst nur noch in Niedersachsen und Bayern geben, und selbst die CSU wackelt neuerdings bei dem Thema. Das alles ist nahezu ausschließlich das Verdienst des studentischen Widerstandes gegen Studiengebühren. Dieser Erfolg sollte Mut machen. In Baden-Württemberg steht im Koalitionsvertrag, daß die »unternehmerische Hochschule« nie ein geeignetes Modell war. Auch in NRW steht eine Novellierung des »Hochschulfreiheitsgesetz« an. Und die Gewerkschaften haben ein Konzept für eine demokratische und soziale akademische Bildung vorgelegt.

Mit Blick auf den Bologna-Prozeß haben Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), der Wissenschaftsrat, ja sogar die Hochschulrektorenkonferenz »Korrekturbedarf« angemeldet. Ganze Fakultätentage lehnen eine Teilnahme an den CHE-Rankings ab, und es gibt Resolutionen von Fachbereichen gegen das unternehmerische Hochschulmanagement. Der Unmut dringt aber nur wenig an die Öffentlichkeit, weil die Leitungen der Einrichtungen die ersten Ansprechpartner der Medien sind – und die Präsidenten und Rektoren sind in dieser politischen Debatte Partei in eigenem Interesse. Warum sollten ausgerechnet sie, denen autokratische Strukturen eingeräumt wurden, für eine demokratische Hochschule eintreten? Die Impulse müssen von anderen ausgehen.

***Was also muß passieren?***

Zu einem wirklichen Leitbildwandel wird es letztlich erst dann kommen, wenn zugleich ein

gesellschaftlicher Paradigmenwechsel stattfindet. Der Schwenk weg vom humboldtschen Bildungsideal hin zum Hayekschen Glauben an die Überlegenheit von Markt und Wettbewerb ist Ausdruck eines allgemeinen, zur Vorherrschaft gelangten gesellschaftlichen Denkens, das ökonomische Verwertungs- und Profitinteressen über alles stellt und das in nahezu sämtliche Bereiche, von der Sozialpolitik, über Kulturpolitik bis zur Bildungspolitik, vorgedrungen ist. Leider sehen die politischen Mehrheitsverhältnisse gegenwärtig danach aus, als wäre es bis zu einem umfassenden Umdenken noch ein weiter Weg. Aber ein Anfang ist gemacht. Studierende und Hochschulangehörige sollten nicht abwarten, bis sich der politische Wind wieder gedreht hat. Wie Reinhard Mohn sollten auch sie die Hochschulen als einen Schlüssel begreifen, den Wandel sowohl an den Einrichtungen als auch in der Gesellschaft voranzutreiben.

\* Wolfgang Lieb war Mitarbeiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Helmut Schmidt und später Regierungssprecher in Nordrhein-Westfalen (NRW) unter Ministerpräsident Johannes Rau (beide SPD). Von 1996 bis 2000 arbeitete er als Staatssekretär im NRW-Wissenschaftsministerium. Heute fungiert er an der Seite des Publizisten Albrecht Müller als Herausgeber des Internetportals »Nachdenkseiten – Die kritische Website« ([www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)). Dafür erhielten beide im Jahr 2009 den Alternativen Medienpreis.